

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **Mk. 2,50.**

Inhalt:

	Seite		Seite
Rückblicke auf die Bergarbeiterstreiks in Großbritannien und Deutschland. I.	289	Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rückblicke IV. — Aus den deutschen Gewerkschaften	293
Wirtschaftliche Rundschau	292	Mitteilungen. Sitzung der Generalkommission über Quartalsbeiträge und Unterstützungsgelder	295

Rückblicke auf die Bergarbeiterstreiks in Großbritannien und Deutschland.

I.

In einer Beziehung wenigstens lautet das Urteil über den Generalstreik der britischen Kohlengräber und über den Märzstreik im Ruhrgebiet übereinstimmend: Sie sollen beide das Werk „radikaler Heber“ sein und den „Mißerfolg“ haben die „unfähigen Führer“ verschuldet. Daß die Streiks auf Veranlassung der „hegenden Führer“ proklamiert wurden, darin sind sich die kapitalistischen Interessenten alle einig, oder tun doch so, als ob es so sei. Wann ist übrigens ein Lohnkampf von denen, gegen die er sich richtete, als berechtigt anerkannt worden? Das Urteil über die Qualität der Streikführer variiert nun aber, je nachdem in welchem parteipolitischen Lager die Kritiker stehen, oder nach ihrer Erfahrung in gewerkschaftlichen Kämpfen. Einer Gruppe von Kritikern sind die Streikführer „radikal“ über das „Interesse der Gesamtheit“ hinweggegangen, für die zweite ist die „harmonieduselige“, „rückständige“ Denkungsart der Streikführer eine ausgemachte Sache. Wir sind es ja gewohnt, daß auch nach mit gutem Erfolg verlaufenen Lohnbewegungen gegen die Gewerkschaftsleiter Vorwürfe von den unbefriedigten Kollegen erhoben werden. Soweit diese kritische Aussprache sich in sachlichen Grenzen hält, muß man sie als ein Symptom geistiger Reife in der Mitgliedschaft freudig begrüßen. Wo kämen wir hin, wenn nicht immer wieder aus den Mitgliederkreisen heraus den Gewerkschaftsleitern gesagt würde, welche Berufsmißstände unerträglich seien und auf welche Weise ihnen zu Leibe gegangen werden könne! Im allgemeinen haben sich die Gewerkschaftsangehörigen am häufigsten über die Indifferenz der Massen zu beklagen. Nicht um die „radikalen“ oder die „harmonieduseligen“ Streikführer zu rechtfertigen — sie bedürfen dessen nicht — sind nachfolgende Ausführungen geschrieben, sondern sie richten sich gegen die über die Ursachen und den Verlauf der diesjährigen Kohlengräberstreiks in Großbritannien und Deutschland verbreiteten Unrichtigkeiten und bewußten Unwahrheiten, deren offensichtlicher Zweck ist, die Gewerkschaftsbewegung zu diskreditieren, bezw. für Ausnahmegeetze Stimmung zu machen.

Haben die Kritiker des britischen Generalstreiks für die Minimallohngarantie recht, dann ist er auf Drängen vornehmlich der „radikalen“ Süd-Waliser

ingeniiert worden, die „einer neuen Methode“ — der syndikalistischen — im Gewerkschaftskampf zur Anerkennung verhelfen wollten. Das soll, nach der Kapitalistenpresse, bereits in dem fast einjährigen Lohnstreik (1910/11) auf den Cambriagruben im walisischen Rhonddatal zum Vorschein gekommen sein. Unter den walisischen Bergleuten habe die sozialistische Partei zahlreiche Anhänger gewonnen, hier würde auch der Syndikalismus mit Erfolg propagiert. Das „Centralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ (Nummer vom 29. April d. J.), dessen Redakteur Giesberts schon in einem vielverbreiteten Zeitungsartikel Ende Februar d. J. die alberne Erzählung von dem „syndikalistischen Einfluß“ in der britischen Bergarbeiterföderation nachschrieb, meint, es sei „sonach festgestellt, daß während der Vorbereitung des Generalstreiks eine völlige Ummwandlung innerhalb der Arbeiterorganisation sich vollzog und zwar in der Weise, daß die alten Gewerkschaftsgrundsätze in steigendem Maße sozialistischen Forderungen weichen mußten“. Als Belege dafür dienen dem „Centralblatt“ ein Artikel der großkapitalistischen „Times“ vom 27. März d. J. und ein Bericht des „Labour Leader“ vom 6. Oktober 1911 über die Mineriskonferenz in Southport.

Der Ende August 1910 auf dem Ely Pit im Rhonddatal ausgebrochene Lohnkampf, der sich vom 1. Oktober ab zu dem allgemeinen Streik der Cambriagrubenleute auswuchs, wurde geführt, um den fraglichen Kameradschaften die Auszahlung des tariflichen Mindestlohnes auch an „anormalen Plätzen“ (Arbeitsstelle in der Grube mit besonders schwierigen Gewinnungsverhältnissen) zu sichern. Die Forderung einer Minimallohngarantie soll ein sozialistisches Glaubensbekenntnis sein und der Streik der Cambrialeute für die Auszahlung des Mindestlohnes auch an anormalen Plätzen soll eine syndikalistische Beeinflussung der Arbeiterorganisation beweisen?

Nach altem deutschen Bergrecht war bereits die behördliche Festsetzung von Normallöhnen für die Bergarbeiter gebräuchlich! Diese Löhne sollten zur Bestreitung der landesüblichen Lebensunterhaltskosten ausreichend sein. Auch bei der Bedingefestsetzung war vorschriftsmäßig darauf zu sehen, daß der zu erzielende Lohn nicht unter den Normalfällen blieb. Also besaßen diese Normallöhne den Charakter von Mindestlöhnen! Was jetzt das englische Minimallohn-gesetz als Neuheit bietet, das besaßen

keiner gebildet, der auch nur in geringem Maße gegen die Gebote der Standeschre verflößt. Mögen diese Gebote auch noch so ansehnlich sein in rechtlicher und allgemeinstütlicher Auffassung — sie müssen von den Angehörigen des Offizierkorps beachtet werden. Wer es nicht tut, wird von seinen Kameraden für ehrlos erklärt, wird geächtet. Diesen Herren steht die selbstgegebene Klassenmoral und Standeschre höher als das Gesetz — mit einem gewissen Stolz überspringen sie dessen geheiligte Schranken.

Die Klassenehre und -Moral der Arbeiter steht weder mit dem Gesetz noch mit den ungeschriebenen Geboten der Sittlichkeit in Widerspruch. Und dennoch wird den Arbeitern ihre Betätigung so schwer gemacht. Es liegt eben im Interesse der bürgerlichen Welt, daß die Klassenehre in den Arbeitern ertötet wird. Um dieses Ziel müht sich der Staat mit allen seinen Machtmitteln. Ueberall bekommt der Arbeiter zu hören, er habe keine anderen Gebote zu befolgen, als das Gesetz. Das schütze auch seine Ehre — eine besondere Klassenehre gebe es für ihn nicht. So präparierte Klassengenossen stellen dann ihre Person in den Dienst des Streifbruchs, organisieren sich wohl gar in den gelben und schwarzen Zuchtanstalten für Streifbrecher. Sie sind ohne Scham und Scheu die Fenster der eigenen Berufscollegen, weil ihnen das Verständnis für Klassenehre ertötet wurde. Während Offiziere mit Zustimmung der Staatsregierung von ihren Berufscollegen geachtet werden dürfen, weil sie gegen die Ehrbegriffe ihres Standes verstoßen, ist den Arbeitern dieselbe Wahrung ihrer Berufsinteressen nicht gestattet. Sie sollen jeden Ehrvergeßenen unter sich dulden, mag er auch noch so schwer an ihnen gesündigt haben. Der Staat belohnt vielmehr den Streifbrecher noch für seine Treulosigkeit an der eigenen Klasse, indem er jeden Tadler des Treulosen ins Gefängnis sperrt."

Mitteilungen.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Als Delegierte für die Hauptversammlung sind gewählt:

1. Bezirk: Königsberg: Will, Ferdinand, Königsberg.
2. " Stettin: Lönser, Karl, Stettin.
3. " Hamburg: Lesche, Friedrich, Hamburg; Deisinger, Karl, Hamburg; Stubbe, Heinrich, Hamburg; Martens, Heinrich, Harburg; Becker, Martin, Hamburg; G. venwald, Louis, Hamburg.
4. " Bremen: Rhein, Hermann, Bremen.
5. " Bremerhaven: Schmalfeldt, Heinrich, Bremerhaven.
6. " Kiel: Breccour, Wilhelm, Kiel.
7. " Hannover: Lohrberg, August, Hannover; Thiemig, Karl, Hannover.
8. " Görlitz: Litzke, Gotthold, Görlitz.
9. " Breslau: Neufirch, Emil, Breslau.
10. " Brandenburg: Mücke, Hermann, Brandenburg a. S.
11. " Berlin: Stadthagen, Arthur, Berlin; Werner, August, Berlin; Eichhorn, Emil, Berlin; Mitter, Adolf, Berlin; John, Paul, Berlin; Wels, Otto, Berlin;

- Döring, Johann, Berlin;
 Voesse, Emil, Berlin;
 Umbreit, Paul, Berlin;
 Wenzel, R., Berlin;
 Lehmann, Emil, Berlin;
 Bruns, Conrad, Berlin.
12. Bezirk: Halle: Gildenberg, M., Halle a. S.
 13. " Zwickau: Frmscher, Paul, Zwickau i. Sachsen.
 14. " Plauen: Schnirch, Karl, Plauen im Vogtland.
 15. " Dresden: Duf, W., Dresden; Niem, G., Dresden.
 16. " Chemnitz: Kern, Richard, Chemnitz.
 17. " Leipzig: Horn, Robert, Leipzig; Lipinski, Richard, Leipzig.
 18. " Magdeburg: Fabian, August, Magdeburg.
 19. " Gera: Drechsler, Hermann, Gera-N.
 20. " Braunschweig: Deist, Heinrich, Dessau.
 21. " Kassel: Hauschildt, Richard, Kassel.
 22. " Frankfurt a. M.: Mehrkorn, Ernst, Frankfurt a. M.; Rudolph, Albert, Frankfurt a. M.
 23. " Bielefeld: Sebering, Karl, Bielefeld.
 24. " Dortmund: König, Max, Dortmund; Kahl, Fritz, Dortmund (Stellvertr.).
 25. " Bochum: Fufemann, Friedrich, Bochum.
 26. " Elberfeld-Barmen: Koch, Wilhelm, Barmen.
 27. " Essen: Bräucker, Karl, Essen-Muhr.
 28. " Düsseldorf: Arzberger, Johann, Düsseldorf.
 29. " Köln: Kunge, Paul, Köln.
 30. " Fürth: Endres, Fritz, Fürth.
 31. " Nürnberg: Schneider, Hermann, Nürnberg.
 32. " München: Krassich, Max, München; Jacobson, Friedrich, München.
 33. " Stuttgart: Wasner, Otto, Stuttgart; Fette, Robert, Stuttgart.
 34. " Mannheim: Böttger, Richard, Mannheim.
 35. " Karlsruhe: Bongrats, Franz, Karlsruhe.
 36. " Straßburg: Fischer, Emil, Straßburg i. Elß.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 20 des „Corr.-Bl.“ wird die statistische Beilage Nr. 4, enthaltend „Der Arbeitsmarkt im Jahre 1911“ beigegeben. Diese Nummer wird im Gesamtumfang von 48 Seiten erscheinen.

Betreffend Arbeiterrechtsbeilage.

Die Gewerkschaftskartelle, die bisher die „Arbeiterrechtsbeilage“ für die Arbeitervertreter in den Instanzen der Arbeiterversicherung usw. bestellt haben, werden im Laufe der nächsten Woche die Nachlieferung der bisher erschienenen Nummern erhalten. Der Neudruck erfolgt in den nächsten Tagen. Es können jedoch nur die Besteller die bisher erschienenen Nummern nachgeliefert erhalten, die rechtzeitig bestellt hatten. Von jetzt an eingehende Bestellungen können nur für die jeweilige Nummer und Folgeborgemerkt werden. Die Generalkommission.

tung, unter der „Herrschaft der alten Führer“ wäre der nationale Generalstreik verworfen worden. Als 1909 den schottischen Bergleuten ein ungünstiger Lohn tarif angeboten war und sie die Hilfe der Föderation anriefen, da fand — unter der „Herrschaft der alten Führer“! — eine Urabstimmung statt, wobei 518 361 Föderationsmitglieder für und 62 980 gegen den Generalstreik votierten. Er brach nur deshalb nicht aus, weil die Regierung zugunsten der Arbeiter vermittelnd eingriff. Damals sah noch keiner der „neuen Männer“ im Exekutivsausschuß der Miners Federation. Das Geschreibsel einerseits über die „von sozialistisch-syndikalistischen Elementen betriebene Generalstreikpropaganda“, der die „alten besonnenen Führer nicht mehr widerstehen konnten“, andererseits von der „reaktionären Feindschaft der alten Führerschule gegen eine nationale Aktion zwecks Erringung eines Minimallohnes“ dient nur den internationalen Scharfmachern und ihren klerikalen Helfershelfern dazu, die Massenstreiks der Bergarbeiter zu „parteilichtischen Wachtproben“ zu steuern, deren Wiederkehr durch Ausnahmemaßregeln zu verhindern sei. Und doch liegt eine sachliche Erklärung des großen Kampfes der Briten offen zutage, wenn man sie nur will.

Nachdem so oft wegen der Minimallohnzahlung an anormalen Plätzen partielle Streiks, zuletzt der fast 12 Monate erfolglos dauernde im Rhondatal, durchgeführt waren und die Streitfrage immer wiederkehrte, was ist da begreiflicher, als das Verlangen der Arbeiter, endlich eine befriedigende Regelung zu schaffen? Die Vereinbarung von Mindestlohnverträgen war gegen die frühere Lohnregulierung ein erheblicher Fortschritt. Was aber nutzte den Kameradschaften an anormalen Plätzen eine generelle Mindestlohnvereinbarung, wenn darin den außerordentlichen Arbeitsbedingungen nicht besondere Rechnung getragen war? Uns sind Fälle bekannt geworden, wo solchen Kameradschaften 25 bis 30 Proz. unter dem Tariflohn ausgezahlt wurden.

Es handelte sich also einfach darum, die in den so gut wie in allen britischen Bergwerkbezirken bestehenden Tarifverträgen genannten Mindestlohnsätze dahin zu interpretieren, daß wenigstens die Minimalzahlung auch für die Arbeiter von anormalen Plätzen gesichert ist. Um diese präzise Begriffsbestimmung des Minimallohnes zu erreichen, trafen sich am 29. September 1911 in London das Exekutivcomité der Miners Federation und die Vertreter der Grubenbesitzer. Zu einer Verständigung kam es nicht. Deswegen sollten in den einzelnen Distrikten die Verhandlungen separat weitergeführt werden. Ein ungefährer Ueberblick über den Stand der Streitfrage war schon auf der britischen Minerskonferenz in London vom 13. bis 15. Juni gegeben worden. Dort berichteten die Delegierten aus Yorkshire, Lancashire, Nord- und Südwales, Schottland, Midland, Cumberland, Warwickshire, Nordengland und Schottland über große Lohnunterschiede und fortwährende Differenzen wegen Minderlohnzahlung an anormalen Plätzen. In Durham, Northumberland, Lancashire, auch zum Teil in Midland hatte sich ein Schlichtungsverfahren, das die größten Härten milderte, herausgebildet. Wo die Organisation gut sei, dort käme auch der Arbeiter mindestens zu seinem Tariflohn, erklärte der Lancashirer, in dessen Bezirk die Streitfrage am besten geregelt erschien. Da noch nicht alle Bezirksverbände mit den Unternehmern verhandeln konnten, wurde eine Beschlusfassung verjagt und mittlerweile das Exekutivcomité beauftragt,

die Meinung der Werksbesitzervertretung zu sondieren. Das geschah ohne Verständigung in der Konferenz am 29. September.

Die dann vom 3. bis 6. Oktober in Southport abgehaltene Jahresversammlung der Miners Federation brachte insofern eine Entscheidung, als dort eine vom Geschäftscomitée vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen wurde, die den individuellen Minimallohn für alle erwachsenen und jugendlichen Untertagsarbeiter verlangte und im Falle der Ablehnung dieser Forderung den Generalstreik in Aussicht nahm. Es ist nun von Bedeutung für die Geschichte des Minimallohnkampfes, festzustellen, daß wohl Anträge auf Fixierung bestimmter Minimallohne von Durham, Yorkshire, Somerset, Lancashire und Cheshire, aber nicht von Südwales vorlagen! Der von der Generalkommission (der kein walisischer Delegierter angehörte!) formulierte, einstimmig angenommene Antrag betr. Inausführung eines Generalstreiks wurde auch nicht von Südwales, sondern durch Lancashire und Cheshire angeregt! Also sieht es mit den „Treibern der walisischen Syndikalisten zum Generalstreik“ im Lichte der Wahrheit aus. Aus dem Domizil der „alten Führerschule“ kamen die „revolutionären Minimallohnanträge“, womit natürlich keineswegs gesagt sein soll, daß gerade die „alten Führer“ dahintersteckten. Aber es ist auch nicht wahr, daß diese „Reaktionäre“ sich dagegen stemmten. Als Teilnehmer an der Southporter Konferenz konnte ich beobachten, daß die Minimalforderung sehr entschieden von mittel- und nordenglischen Delegierten, selbstverständlich assistiert von schottischen und walisischen Vertretern, befürwortet wurde. Wie die Forderung unbedingt aufzufassen sei, darüber äußerte sich der Lancashirer Greenall: „Wir verstehen, daß diese Resolution meint, daß für alle Untertagrarbeiter ein Minimallohn fixiert werde und daß alle KohlenGewinner, wenn sie in die Grube fahren und ein Tageswert verrichten, einen rechtlichen Anspruch zum wenigsten auf den Minimallohn haben.“ Also auch die „revolutionäre“ Deklaration der Minimallohnforderung geschah nicht durch einen „syndikalistischen“ Waliser. Es gibt überhaupt keinen Syndikalisten unter den walisischen Bergarbeiterführern und von den 140 bis 150 Delegierten zur britischen Minerskonferenz höchstens zehn syndikalistischen Neigungen huldigen. Sie spielen aber keine Rolle.

Allerdings kam (veranlaßt durch die viel umstrittene Fassung des § 21 der Miners Federation-Statuten) aus Wales der Antrag, diesem Paragraphen eine Formulierung zu geben, wonach nicht nur behufs Abwehr von Arbeitskontraktverschlechterungen, sondern auch zwecks Erreichung besserer als der bestehenden Arbeitskontrakte ein nationaler Streik proklamiert werden könne. Der Antrag wurde mit 158 gegen ganze 4 Stimmen angenommen! Aber auch von Durham war eine positivere Fassung des § 21 angeregt. Und auf der schon erwähnten Minerskonferenz vom 13.—15. Juni 1911 teilte der Yorkshirer Delegierte Smith mit, seine Leute hätten sich einmütig für einen Generalstreik erklärt, wenn es zu keiner akzeptablen Einigung in der Lohnfrage kommen sollte. Tatsächlich ist sonach die Minimalforderung nicht auf Betreiben der mit der „alten

schon vor Jahrhunderten nach alt-deutschem Vergrecht die Knappen, nämlich die Zujicherung eines gewissen Mindestlohnes! Heute deklarieren die Kapitalistenorgane die Forderung des Minimallohnes als ein „revolutionären Sozialismus“ und für ein „christliches Gewerkschaftsorgan“ ist „sonach festgestellt“, daß das Verlangen, den Mindestlohn auch an Arbeitsplätzen, wo er beim besten Willen nicht erreicht werden kann, zu zahlen, den Umsturz der Gewerkschaftsgrundsätze dokumentiere. Wollte sich das „Centralblatt“ nur bei seinen Leuten im Bergarbeiterlager erkundigen, so würde es dahin belehrt, daß das Gewerkschaftsorgan gegen eine alte Bergarbeiterforderung schreibt. Gerade an solchen Gewinnungsstellen, wo nur unter dem Durchschnitt herausgewirtschaftet werden kann, müssen sich die Arbeiter sehr häufig am schwersten abfinden. Für die trotz arger Quälerei nur erzielte unterdurchschnittliche Förderung doch nicht unter dem üblichen Durchschnitt bezahlt zu werden, ist eine allgemeine Bergarbeiterforderung auch in Deutschland. Weder die deutschen noch die britischen Kameraden verlangen eine „Prämie auf Faulheit“, sondern sie wollen nicht, daß der fleißige Arbeiter Lohnverluste erleidet für geologische und betriebstechnische Erschwerungen der Förderung. Wer in dem Kampf für diese Bergarbeiterforderung die Aufgabe von Gewerkschaftsgrundsätzen erblickt, der beweist, daß er von Gewerkschaftsgrundsätzen keine Ahnung hat.

Unrichtig ist es, den Süd-Walisern die Initiative in dem Kampf für den Minimallohn zuzuschreiben. Wer die Berichte der britischen Bergarbeiterverbände aus den Jahren 1900—1906 durchsieht, findet darin zahlreiche Mitteilungen über Streikigkeiten und Arbeitseinstellungen wegen Nichtbezahlen des tariflichen Mindestlohnes an anormalen Plätzen. Bereits der verdienstvollste Pionier der britischen Bergarbeiterföderation, Alexander Macdonald (geb. 1821, gest. 1881), bezeichnete es in seinen Manifesten an die Bergleute als das Ziel ihrer Organisation, ihnen ein auskömmliches Lohnminimum zu sichern. Macdonald war neben Thomas Vurt der angesehenste Bergarbeiterführer der „alten Schule“. Es waren die der liberalen Partei zuzuzählenden mittelenglischen Bergarbeiterführer Ricard, Edwards, Ashton usw., die als Hauptgründer und erste Leiter der Miners Federation of Great Britain (bestehend seit 1889) das automatisch lohnbrückende System der „gleitenden Lohnskala“ bekämpften, um an seine Stelle möglichst umfassende Tarifverträge mit der Vorschrift fester Mindestlöhne plus jeweils zu vereinbarenden prozentualen Zuschlägen zu setzen. Von den großen Grubenbezirken hat Süd-Wales am längsten an dem System der „gleitenden Lohnskala“ festgehalten! Die Bewegung für den Mindestlohn ist sonach nicht von den „radikalen“ Süd-Walisern, sondern von Mittel-England ausgegangen, dem Domizil der „alten Führerschule“. Diese heute von gewissen Mitarbeitern des „Labour Leader“ und der „Justice“ als „unge-werkschaftliche“ Gegner einer „nationalen Aktion zwecks Erreichung eines Minimallohnes“ denunzierten Gründer der nationalen Bergarbeiterföderation Großbritanniens sind es auch gewesen, die den Kampf gegen die am längsten von den Durhamern und Northumberlandern verfolgte Nurgewerkschaftlerei aufnahmen und die direkte Beteiligung an der Gesetzgebung durch Gewerkschaftsabgeordnete durchsetzten.

Freilich stimmen die Männer, deren Sinnen und Trachten ein Menschenalter hindurch dem Aufbau

und Ausbau der Bergarbeiterorganisation gewidmet war, in ihren gewerkschaftlichen und politischen Anschauungen nicht mehr überein mit manchem der jüngeren Führer. Aber ist das nicht der Weltlauf überhaupt? Ist das ein Wunder? Die Edwards, Ashton, Vurt, Wilson, Abrahams, Haslam usw. reichen mit ihren Jugenderinnerungen bis in eine Zeit zurück, wo die Grubenarbeiter von der „honetten“ Gesellschaft als Halbmenschen behandelt wurden. Die Alten mußten selber schon als 8—10jährige Buben die Bergarbeit aufnehmen. Verachtet, mißhandelt, demoralisiert war damals die britische Kohlenbergwerk-schaft. Heute hat sie sich eine geachtete soziale Stellung erobert. Wer diesen außerordentlichen Fortschritt als Zeitgenosse erlebte, ihn noch dazu hervorragend miterreichen half, der kann schon leicht dazu kommen, seine eigenen Erfahrungen immer noch als richtunggebend für die Entschlieungen der Kameradschaft anzusehen, deren jüngere Elemente naturgemäß die Erfolge der „alten Schule“ mit anderen Maßstäben abmessen. Es ist die ewig neue Differenz zwischen „Alten und Jungen“. Wer von uns wollte aber wünschen, daß unser Nachwuchs nicht neue Bahnen einschlägt zur Verwirklichung der Forderung der Arbeiterklasse, wenn ihm die von den „Alten“ begangenen Wege nicht zielsicher erscheinen? Die von einigen linksstehenden Kritikern der greisen britischen Arbeiterführer geübte Methode der Beleidigung und Verdächtigung läßt das Verständnis für die geschichtliche Bedeutung dieser Pioniere der Miners Federation vermissen. Ebenso die Kenntnis der Vorgeschichte des Minimallohnstreiks.

Britischerseits wurde fast auf allen internationalen Kongressen — seit 1890 — ein Antrag bet. den Minimallohn gestellt und dahin erläutert, daß dieser Lohn auch dann gezahlt werden müsse, wenn wegen geologischer oder betriebstechnischer Hindernisse das dem Mindestlohn entsprechende Quantum nicht gefördert werden könne. Auf dem internationalen Kongress in London 1906 war Unions-Süd-wales der Begründer des britischen Minimallohn-antrages. Unions besprach die Streiffrage der anormalen Plätze im Sinne der Resolutionen, die von der Miners Federation vor der Proklamation des Generalstreiks 1912 gefaßt wurden! Das ist deshalb hervorzuheben, weil nach dem „Labour Leader“ Unions zu den harmonieduseligen „reaktionären“ walisischen Vertretern im Exekutivkomitee der Miners Federation of Great Britain gehörte, deren Beseitigung im Herbst 1911 durch die Wahl „kampflustiger“ Delegierter gelang. Diesem Vertreterwechsel kommt nach dem „Labour Leader“ eine entscheidende Bedeutung zu. Soll er doch förmlich als die „Zerschmetterung“ der „Macht der alten Führerschule“ anzusehen sein. Denn nunmehr hätten sich die anderen „Reaktionäre“ aus Furcht vor dem gleichen Schicksal vor den walisischen Drängern ergeben. Dieser Bombast — schmunzelnd übernommen vom christlichen „Centralblatt“ — wird durch das Eintreten Unions für den Minimallohnantrag bereits auf dem internationalen Kongress 1906 hinreichend gekennzeichnet. Aber auch die Behauptung der „Times“ (ebenfalls übernommen vom „christlichen Centralblatt“), die „gesetzliche Erschwerung der Verdienstmöglichkeit“ infolge des Achtundneunziggesetzes müsse zur Erklärung der Minimallohnforderung herangezogen werden, ist widerlegt durch die früheren Kongressbeschlüsse. Unrichtig ist ferner die Behauptung

Zum Schlusse seien die neuen Beteiligungsziffern, gültig ab 1. Juli 1912, zusammengestellt:

Beteiligung in Tonnen	Halbzeug	Eisenbahnmaterial	Formeisen	Insges. ab 1. Juli 1912	Bisherige Beteilig.
Gelsenkirchen . . .	108109	107630	167865	383604	283904
Hoersch . . .	—	48611	86379	170990	170990
Deutscher Kaiser . . .	52959	212670	189671	455000	355000
Gutehoffnungshütte . . .	30481	184169	66811	281561	289580
Halber Eisen . . .	13000	—	42883	55883	55883
Rhönig . . .	134396	214806	111162	460454	465454
Rhein. Stahlwerke . . .	85425	157272	37108	279805	273305
Fried. Krupp . . .	198945	252995	73887	525827	526827
Deutsch-Luxemburg . . .	104182	221462	244179	569763	569763
Bochumer Verein . . .	50351	152852	2.00	205503	205503
Ran der Zypen . . .	7403	5991	25653	39355	39355
Georgsmarienhütte . . .	500	90000	—	90500	90500
Beiner Walzwerk . . .	—	6776	201510	208286	208286
Burbach Döbelingen . . .	204834	145468	239672	533974	499474
Nöchling . . .	18924	74696	168849	261869	253545
Gebr. Stumm . . .	38676	93950	130242	262868	247192
Dillinger Hütte . . .	42760	61249	—	104009	104009
de Wendel & Co. . . .	12000	130700	203500	346200	277000
Rombacher Hütte . . .	176505	67292	104675	358472	348472
Kunze Friede . . .	160938	54696	92790	304224	304224
Rodingen . . .	49500	—	65000	114500	125000
Maximilianshütte . . .	5000	83748	98746	177494	177494
Säch. Gußstahl . . .	1138	25500	—	26638	26638
Laurahütte . . .	—	60660	34000	94660	94660
Oberchl. Eisenb. . .	—	—	—	—	—
Stattowil . . .	—	—	—	—	—
Oberchl. Eisen-Ind. . .	—	103340	143500	246840	*) 199340
Bismarckhütte . . .	—	—	—	—	—
Zusammen . . .	1495376	2582621	2524482	6602479	—
Zusammen nach altem Betrag . . .	1417893	2420122	2421483	6259498	—

*) Ohne Bismarckhütte.

Die Hauptzunahme findet sich also zuletzt bei Gelsenkirchen, Deutscher Kaiser, Burbach und de Wendel.

Berlin, 13. Mai 1912. Max Schippel.

Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rückblicke.

IV. Holzindustrie.

Diese Industrieerguppe erfreute sich im vergangenen Jahre eines lebhaften Geschäftsganges, der sowohl aus den Berichten der Arbeitsnachweise als den Arbeitslosenziffern der Organisationen und den Bilanzen der Aktiengesellschaften nachgewiesen wird. Die letzteren haben zwar in der Holzindustrie noch nicht die gleiche Bedeutung wie in anderen Industrieerguppen erlangt, weil hier der Klein- und Mittelbetrieb noch vorherrscht. Immerhin liegen für das Jahr 1910/11 die Bilanzen von 55 Gesellschaften vor, die ein Aktienkapital von 81 293 000 Mk. repräsentierten. Die von ihnen verteilte Dividende stieg von 8,9 Proz. im Jahre 1909/10 auf 9,4 Proz. im Durchschnitt des Geschäftsjahres 1910/11. Die Durchschnittsdividende dieser Industrieerguppe stand demnach im letzten Jahre um 1,4 Proz. über dem Gesamtdurchschnitt aller Industrieerguppen. Dem entspricht auch die Kursbewegung der Dividendenwerte, die eine Steigerung von 234,61 auf 246,53 ergab, während der allgemeine Durchschnittskurs ultimo Dezember 163,12 betrug.

Die Berichte der Arbeitsnachweise ergeben einen Rückgang der auf je 100 offene Stellen entfallenden Arbeitsuchenden von 146,29 im Jahre 1910 auf 138,24 im Berichtsjahre. Die Arbeitslosenziffern der Gewerkschaften der Holzindustrie sind mit Ausnahme der Monate Januar-Februar durchweg niedriger als im Vorjahre. Die niedrigste Arbeitslosenziffer hatte der August mit 1,3 Proz. der Mitglieder gegen 2,0

Prozent im Vorjahre, die höchste Januar und Dezember, beide mit 4,5 Proz. gegen 3,6 resp. 4,9 Proz. im Vorjahre.

Die bedeutungsvollste Arbeiterorganisation der Holzindustrie, der Holzarbeiterverband, hat im Berichtsjahre eine recht günstige Entwicklung aufzuweisen. Die Mitgliederzahl stieg um 17 708 auf 182 750, das ist eine Zunahme von 10,7 Proz. Ein noch glänzenderes Ergebnis zeigt die im Jahre 1911 befundene finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes. Fast 5 Millionen Mark wurden für Unterstützungszwecke verausgabt, wie aus folgender Uebersicht der gesamten Verbandsausgaben für die betreffenden Zwecke hervorgeht:

Reiseunterstützung . . .	121 746,19 Mk.
Arbeitslosenunterstützung . . .	986 941,41 "
Streikunterstützung . . .	2 659 615,16 "
Strankenunterstützung . . .	883 972,57 "
Gemahregelkenunterstützung . . .	80 815,82 "
Sterbegeld . . .	63 124,50 "
Umzugsunterstützung . . .	46 043,— "
Notsfallunterstützung . . .	64 814,84 "
Rechtsschutz . . .	22 498,30 "
Zusammen . . .	4 929 571,79 Mk.

Mehr als die Hälfte dieser Ausgaben entfällt auf die Streikunterstützung. Die wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres erforderten eine Ausgabe von nahezu 2,7 Millionen Mark, davon rund 1¼ Million Mark für den langwierigen Kampf in Hamburg. Hier hatten seit mehreren Jahren die Ideen der großindustriellen Scharfmacher die Tischlermeister beherrscht und unter den Auspizien dieser Scharfmacher führten sie im vorigen Jahre den 33 Wochen dauernden Kampf um den Arbeitsnachweis herbei, der mit einer geradezu vorbildlichen Niederlage der Scharfmacher endete. Sie mußten nicht nur den paritätischen Arbeitsnachweis wieder anerkennen, sondern auch erhebliche Lohnzulagen usw. bewilligen und hatten obendrein eine nicht unbedeutende Schwächung ihrer eigenen Organisation zu buchen.

Der Hamburger Kampf war der bedeutendste, aber nicht der einzige im vorigen Jahre. Die folgende Tabelle zeigt Umfang und Ergebnis der vom Holzarbeiterverbande 1911 geführten Kämpfe:

	Erfolgreich		Zeitweise erfolgreich		Erfolglos	
	Zahl der Streiks	Prozent	Zahl der Streiks	Prozent	Zahl der Streiks	Prozent
Angriffstreiks . . .	169	71	151	14	2807	14
Abwehrstreiks . . .	98	67	2729	74	15	10
Aussperrungen . . .	24	69	2746	72	3	8
					649	17
					23	11

Außer diesen offenen Kämpfen wurde eine ziemlich umfangreiche Lohnbewegung geführt, die auf friedlichem Wege beigelegt werden konnte. Die Zahl der Bewegungen betrug 956, an denen 62 796 Personen insgesamt beteiligt waren. 523 dieser Bewegungen konnten ohne Kampf beigelegt werden. Ueber die materiellen Ergebnisse der gesamten Bewegungen einschl. der Kämpfe wird u. a. berichtet:

Für 44 819 Personen wurde eine Arbeitszeitverkürzung um zusammen 85 491 Stunden oder durchschnittlich 1,9 Stunden pro Woche und für 51 987 Personen eine Lohnerhöhung um zusammen 113 706 Mark oder durchschnittlich 2,19 Mk. wöchentlich erreicht.

Führerschule" unzufriedenen Sozialisten oder gar zur Befriedigung der „syndikalistischen Elemente“ auf neuer Basis formuliert worden, sondern die Aktion entsprach einem dringenden Bedürfnis der Arbeiter in fast allen Bezirken. Die Forderung wurde vertreten von „Alten“ und „Jungen“, von rechtsliberalen, radikal-liberalen und sozialistischen Parteigängern, von den bedächtigen Nordengländern wie von den lebhaften Walisern. Einfach weil fast überall dieselben Lohnstreitigkeiten eine bessere Lohnregulierung notwendig gemacht hatten.

Otto Hue.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Verlängerung des Stahlwerksverbandes — Freigabe der B-Produkte — Gemischte und reine Werke, zunehmende Vertrufung.

Der Stahlwerksverband, für Deutschland neben den Syndikaten für Kohle und Roheisen das wirtschaftlich einflussreichste Gebilde der kapitalistischen Konkurrenzbeschränkung, ist in der Nacht zum 1. Mai auf fünf Jahre verlängert worden. Zu gleicher Zeit wurde er jedoch noch stärker als bisher zu einem hindenden Verband umgestaltet. Die sogenannten B-Produkte sind seiner Beeinflussung nunmehr vollständig entzogen worden, während früher die Erzeugnisse der Gruppe B zwar nicht so weitgehend kontrolliert waren, wie dies für die Gruppe A galt, aber immerhin nicht ganz und gar außerhalb des Bereichs der Verbandseinwirkung blieben.

Gruppe A umfaßt bekanntlich die niederstufigen Produkte (Halbzeug (d. h. Rohstahl, Blöcke und dergleichen), Formeisen (Vauceisen, Träger und dergleichen) und Eisenbahnoberbaumaterial. Zu Gruppe B gehören die höchststufigen Weiterverarbeitungserzeugnisse: Stabeisen, Walzdraht, Bleche, Nähren, Guß- und Schmiedestücke. Für die A-Produkte war durch den Verband die freie Bewegung am meisten eingengt. Zunächst war hier jedem Verbandsmitglied, je nach der Einschätzung seiner Leistungsfähigkeit, seine Beteiligungsziffer zugewiesen. Ferner erfolgte der Verkauf durch die Centralstelle, selbstverständlich abermals nach festen Normen. Produktion und Preis unterstanden also nach dieser Richtung nicht mehr dem Kampf aller gegen alle, wie ihn die alte zerplitterte Konkurrenz erzeugt hatte. Anders für die höheren Stufen. Hier kam man weder 1904 noch 1907, weder bei der Gründung noch bei der Verlängerung zu einer einheitlichen Preispolitik. Die Werke selber haben den Verkauf insoweit selber in der Hand behalten; die Separatverbände, die für einzelne Erzeugnisse beziehungsweise deren Preisnormierung entstanden sind, gehen den einheitlichen Centralverband nichts an. Dieser hat für die B-Erzeugnisse nur die Produktion kontingentiert; jedes Werk erhielt sein Kontingent zugeschrieben und jede Ueberschreitung dieses Kontingentes war mit einer Abgabe von 20 Mk. pro Tonne zu büßen, um der blinden Ueberproduktionswillkür wenigstens einigermaßen zu steuern.

Zwischen der Gruppe A und B vollzogen sich nun im Laufe der Jahre die tiefstgehenden Verschiebungen. Einmal rein äußerlich, indem die höchststufige Produktion verhältnismäßig eine immer größere Bedeutung gewann. Als im Jahre 1904 der Stahlwerksverband geschaffen wurde, überdug die Beteiligung in A-Produkten (4 974 652 Tonnen) noch ansehnlich, fast um die Hälfte, diejenige in den Produkten B (3 461 734 Tonnen). Doch von einer

Quotenfestsetzung zur anderen stieg die Beteiligung in den B-Produkten ziemlich rasch, so daß am 1. April des laufenden Jahres umgekehrt die Beteiligungsziffer auf dem Gebiete B (6 212 936 Tonnen) die von A (5 794 843 Tonnen) bereits merkbar überflügelte. Weiter sind, was die B-Produkte anbelangt, die reinen Walzwerke und Verfeinerungsanstalten in eine immer schwierigere Lage geraten. Sie haben keinen Vorteil von der strafferen und wirksameren Organisation auf den Unterstufen; sie haben davon vielmehr nur den Nachteil, daß sie ihr Halbzeug, das sie selber nicht herstellen, nur zu künstlich hochgehaltenen Preisen erwerben können. Bald müssen sie im Inland mit gemischten Werken konkurrieren, für die der Uebergewinn an der Halbzeugproduktion ganz oder teilweise zu einem Vorsprung bei der Höherverarbeitung, zu einer relativen Herabsetzung der Weiterverarbeitungskosten wird. Bald stoßen sie im Ausland auf eine Konkurrenz, für die die Inlandshochhaltung der Halbzeugpreise nicht galt — die Differenzierung der Auslandskonkurrenzpreise und der Inlandsmonopolpreise bei den kapitalistischen Verbänden ist bekannt —; auch diese Konkurrenz erfreute sich also eines Vorsprunges beim Kampf um den Absatz.

Unablässig und unaufhaltsam sind deshalb diese „reinen“ Werke entkräftet und zerrieben worden. Nachdem bei ihren gefährlichsten Konkurrenten auch die letzte Fessel, die Kontingentierung der B-Produkte, der Zuschlag für die Kontingentsüberschreitung, in Wegfall gekommen ist, wird der Trieb zur Erweiterung bei den gemischten Werken wahrscheinlich um so leichteres Spiel gegen die doppelt bedrängten reinen Werke haben. Und es würde sogar reaktionär sein, die Förderung dieses Umbildungsprozesses dem Verband als schwere Todsünde anrechnen zu wollen. Denn an sich, aus technischen und wirtschaftlichen Gründen, ist die einheitliche Betriebszusammenfügung von niederen und höheren Produktionsstufen, von Materialerzeugung und Weiterverarbeitung, ein unbestreitbarer Fortschritt, so sehr er, wie nahezu jeder kapitalistische Fortschritt, wie nahezu jede kapitalistische Höherorganisation des Produktionsapparates seine Schattenseiten, sei es für Konsumenten, sei es für Arbeiter, hat. „Die veränderte Technik“, schreibt ein Fachmann der „Frankfurter Zeitung“, „die Verwertung der Hochofengase, die Ausnutzung der ersten Hitze des Rohfabrikats u. a., im Bunde mit der Preispolitik der Verbände, die den Vorteil des Eigenbesitzes an Rohstoffen noch künstlich verschärften, hat den gemischten Betrieb zum Siege geführt. Immer mehr ist an die Stelle der horizontalen Organisation, die das Roh- oder Halbprodukt verkauft, um die Weiterverarbeitung anderen Betrieben zu überlassen, die vertikale Organisation der riesigen Gesamtbetriebe getreten, deren Ziel es ist, auf der Basis eigener Rohstoffversorgung das Fabrikat bis zur möglichst weitgetriebenen Verfeinerung selbst in eigener Regie herzustellen.“ Eine Reihe von kleineren Walzwerken scheinen sich in der Tat bereits mit ihrem näher rückendem Schicksal befreundet zu haben; wenigstens wird an der Börse schon auf den „Fusionswert“ dieses oder jenes Betriebes hingewiesen. Aber gleichviel, ob sich die Verschludung der Kleinen durch die Großen glatter oder gewaltsamer vollzieht: der Weg zur Vertrufung, zur Bildung großer Univerfalwerke nach dem Muster von Selsenkirchen, Phönix, Deutsch-Luxemburg, Thyssen liegt freier und offener da als je vorher.

Die Biergruppeneinteilung der Tarifverträge des Holzarbeiterverbandes hat auch im letzten Jahre sich bewährt. Da alljährlich eine Gruppe zur Erneuerung steht, können Unternehmer- und Arbeitervertreter gleichzeitig das ganze Gebiet erledigen, ohne daß es erst in den einzelnen Orten zum Kampfe gekommen ist. Durch diese Regelung hat die eigentliche Holzindustrie, soweit sie unter dem Arbeitgeberschutzverbände ressortiert, seit mehreren Jahren den Arbeitsfrieden aufrechterhalten können. Freilich haben sich die Unternehmer zu Konzessionen bequemen müssen, aber der Kampf in Hamburg wird ihnen gezeigt haben, daß die friedliche Verständigung vorzuziehen ist. Die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse machen Lohnerhöhungen in allen Industrien zu einer absoluten Notwendigkeit und die großstädtische Entwicklung fordert ebenso gebieterisch eine Verkürzung der Arbeitszeit. In beiden Punkten ist der Holzarbeiterverband erfolgreich gewesen, seine Vertragspolitik hat sich aufs beste bewährt. Daß auch die Unternehmer dabei ihre Betriebe nicht ruiniert haben, zeigen die oben mitgeteilten Rentabilitätsziffern der Gesellschaften.

Trotz der großen Aufwendungen für Kämpfe und sonstige Unterstützungen hat sich der Vermögensbestand des Holzarbeiterverbandes um $\frac{1}{4}$ Million Mark gehoben. Er betrug am Jahresluß 5,1 Millionen Mark, davon 1 917 226 Mk. Zahlstellenvermögen.

Ueber die Berufszugehörigkeit der Mitglieder dieses Industrieverbandes informiert folgende Zusammenstellung:

	1910		1911		Zunahme
	insges.	weiblich	insges.	weiblich	
Bürstenmacher . . .	3780	1266	4123	1481	343
Drechsler . . .	5006	174	5302	207	296
Stodarb. u. Schirmmacher . . .	2108	161	2198	279	90
Knopfmacher . . .	1975	354	1990	321	15
Kammacher . . .	906	180	974	178	68
Korbmacher . . .	2269	116	2425	157	156
Korfschneider . . .	270	9	303	12	33
Stellmacher . . .	4773	—	6006	—	1233
Tischler . . .	92487	88	98376	56	5889
Klaviermacher . . .	10049	650	11719	1039	1670
Stuhlbauer . . .	2359	16	2642	14	283
Polierer . . .	6145	347	6809	379	664
Modelltischler . . .	5043	—	5548	—	505
Schiffstischler u. Zimmerer . . .	2576	—	3345	—	769
Barlettschler . . .	1091	—	1095	—	4
Bergolber . . .	2229	145	2363	167	134
Maschinenarb., Säger . . .	11545	120	14942	152	3397
Pantinenmacher . . .	223	—	216	2	—
Ristenmacher . . .	2526	122	2768	130	242
Diverse . . .	7682	1905	9606	2598	1924
Insgesamt . . .	165042	5653	182750	7172	17708
Darunter weibliche . . .	5040	—	6349	—	1309
„ jugendliche . . .	618	—	823	—	210

Nur eine einzige Branche, die der Pantinenmacher, hat demnach einen Rückgang um 5 Mitglieder gehabt, alle übrigen weisen eine Zunahme auf. Prozentual am stärksten ist die Zunahme bei den Maschinenarbeitern und Sägern, die 29,42 Proz. beträgt. — Außerhalb des Industrieverbandes stehen in der Holzindustrie, abgesehen von den Tapezierern,

die Verbände der Bildhauer, Böttcher und Glaser, die zusammen zirka 17 000 Mitglieder haben. Hinsichtlich der Böttcher liegen zurzeit keine aktuellen Meinungsäußerungen über ihre Stellung zur Einheitsorganisation in der Holzindustrie vor. Der Verband ist eine leistungsfähige Branchenorganisation, die im vorigen Jahre allein für Unterstützungen 156 816 Mk. verausgabte und am Jahresluß einen Vermögensbestand von 123 203 Mk. aufweisen konnte bei einer Mitgliederzahl von 8389. Seine besonderen Berufsinteressen bringen den Verband häufig an die Seite der Brauereiarbeiter und bei Diskussionen über eine eventuelle Verschmelzung mit anderen Verbänden ist daher die Ansicht geäußert worden, es könne dafür der Brauereiarbeiterverband in Frage kommen. Aber zurzeit spielt die Verschmelzungsfrage im Verbandsleben kaum eine Rolle.

Anders bei den Bildhauern, die auf ihrem vorigen Verbandstag den Anschluß an den Holzarbeiterverband ablehnten, sich aber dennoch in diesem Jahre wieder erneut mit der Frage befaßt werden. Bei den damaligen Debatten waren wir infolge der hohen Anforderungen, die die berufliche Krise an den Verband stellte, für einen Anschluß an den Holzarbeiterverband eingetreten, was uns lebhaftest Vorwürfe von einzelnen Genossen im Centralverein der Bildhauer eintrug. Insbesondere verübelte man uns unsere Stellungnahme in der Berliner Filiale des Vereins. Inzwischen sind die Meinungen wesentlich geklärt worden und Berlin selbst beantragt zum kommenden Verbandstag die Liquidation der Organisation und den Uebertritt der einzelnen Branchen in die für sie in Betracht kommenden Verbände. Von den 3797 Mitgliedern des Verbandes gehörten am Jahresluß 1911 an: der Holzbranche 2529, der Steinbranche 454, der Modellbranche 418, der Holz- und Steinbranche 151, der Holz- und Modellbranche 152, der Stein- und Modellbranche 50, der Holz-, Stein- und Modellbranche 28, diversen Branchen 15 Mitglieder. Demnach würde für die Ausführung des Berliner Antrags in erster Linie der Holzarbeiterverband in Frage kommen, während eine geringere Zahl dem Steinarbeiter- oder dem Bauarbeiterverbande zugeführt werden müßte. Inwieweit sich eine solche Aufteilung empfiehlt, wollen wir nicht entscheiden, das wird Sache des Verbandstages sein, der nächsten Monat zusammentritt.

Ueber die Stufenverhältnisse des Bildhauerverbandes ist zu berichten, daß sie sich trotz großer Inanspruchnahme der Kasse günstig entwickelt haben. Es wurde u. a. verausgabt für Streiks 17 048 Mk., Arbeitslosenunterstützung 44 627 Mk., Reiseunterstützung 3493 Mk., Krankenunterstützung 9649 Mk., Sterbegeld 1170 Mk., Rotunterstützung 1679 Mk., Verbandsorgan rund 13 000 Mk. Der Bestand der Hauptkasse stieg von 67 229 Mk. auf 98 761 Mk. Die vom letzten Verbandstage vorgenommene Neuregelung der Finanzen hat also ein gutes Ergebnis gehabt, die Organisation ist in finanzieller Hinsicht vorläufig gesichert. Dagegen sind die berufswirtschaftlichen Fragen, die den Anschluß an eine größere Organisation nahelegen, die gleichen als vor drei Jahren. In der Holzbildhauerei sind die Berührungspunkte mit den Holzarbeitern gleich stark und die Steinbildhauerei ist aus der „Stilkrise“ nicht herausgekommen, unter der übrigens die Holzbildhauer auf ihrem Gebiete auch leiden.

Die Glaser haben sich auf ihrem letzten Verbandstag mit der Verschmelzungsfrage befaßt, sind

aber wiederum zur Ablehnung gekommen. Ueber die Ursachen äußert sich die „Glaserzeitung“ wie folgt:

„In weiten Kreisen der Kollegenschaft hatte die Meinung festen Fuß gefaßt, daß der 13. Verbandstag ein Wendepunkt unserer Zugehörigkeit zur großen Armee der deutschen Arbeiterbewegung sein würde. Auch in anderen Verbänden, namentlich in den Reihen unserer Arbeitsbrüder im Holzarbeiterverband, wurde allgemein damit gerechnet, daß in Dresden das entscheidende Wort der Verschmelzung gesprochen würde. Ueberraschenderweise ist es zu einem solchen Botum nicht gekommen; überraschend um so mehr, als die Majorität für Fortbestehen des Glaserverbandes seit Nürnberg nicht stabil, sondern sogar größer geworden ist. Beim genauen Zusehen läßt sich diese veränderte Sachlage leicht erklären. Die letzte Verbandsperiode hat uns in den Reihen der Blei- und Blankglaser einen nicht unbedeutenden Zuwachs gebracht. So erfreulich dieser Erfolg an sich scheinen mag, bei der Frage des Uebertritts fällt er für die Freunde des Holzarbeiterverbandes ungünstig ins Gewicht. Den Ausschlag bei der Abstimmung haben die Delegierten der Blei- und Blankglaser gegeben, die in Dresden auf Grund der erfolgten Organisationsausdehnung innerhalb dieser Berufsgruppe mit einer stärkeren Vertretung als in Nürnberg auf dem Kampfplatz erschienen. Die Dresdener Abstimmung kann im gewissen Sinne als Symptom für den ferneren Werdegang unseres Verbandes bezeichnet werden. In den Kreisen der Rahmenmacher hat sich unsere Organisation, von wenigen Ausnahmen abgesehen, fast erschöpft. Anders in Norddeutschland, im Osten des Reichs und vornehmlich im Rheintand. Dort einer planmäßigen zielbewußten und äußerst geschickten Agitation unserer dort domizilierenden Funktionäre wird der Kreis der organisierten Kollegen ein immer größerer und damit auch der Einfluß dieser Berufsschicht auf die Geschichte unseres Verbandes ein immer umfangreicherer. Auf Grund dieser Tatsachen ist demnach, wenn auch nicht mit tödlicher Sicherheit, wohl aber mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren mit einer Verschmelzung nicht zu rechnen.“

Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug am Jahreschluß 4900, im Jahresdurchschnitt 4613. Von den Ausgaben entfielen 68 068 Mk. auf Unterstützung (darunter: Reiseunterstützung 5002 Mk., Arbeitslosenunterstützung 32 351 Mk., Krankenunterstützung 3042 Mk., Streiks 20 563 Mk. usw.). Der Vermögensbestand betrug insgesamt 182 513 Mk., davon 70 723 Mk. Bestände der Lokalkassen.

Der Verband der Tapezierer zählte im Jahresdurchschnitt 9685 Mitglieder gegen 9116 im Vorjahre. Am Jahreschluß waren 9723 Mitglieder vorhanden. Aus der Hauptkassenabrechnung führen wir folgende Posten an: Es wurde verausgabt für Reiseunterstützung 5835 Mk., Arbeitslosenunterstützung 65 169 Mk., Krankenunterstützung 10 808 Mk., Sterbegeld 4320 Mk., Streiks 72 153 Mk. und für Gemäßregelte 1727 Mk. Der Vermögensbestand betrug 231 922 Mk., davon 81 611 Mk. Bestände der Filialen. Die Lohnbewegung des Jahres 1911 war ziemlich intensiv und konnte mit gutem Erfolg durchgeführt werden. Bezüglich der materiellen Ergebnisse müssen wir auf die später erscheinende Lohnbewegungsstatistik verweisen.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Zu der in Nummer 18 des „Corr.-Bl.“ mitgeteilten Stellungnahme des „Steinarbeiter“ zu einem eventuellen Anschluß an den Bauarbeiterverband schreibt der „Grundstein“:

„Das ist ungefähr der gleiche Standpunkt, den wir einnehmen: Die übergroße Zahl der Steinarbeiter steht mit dem

Baugewerbe nicht in so enger Verbindung, daß dieserhalb — etwa in Rücksicht auf gemeinsam zu führende Kämpfe oder wegen des Zusammenarbeitens der Mitglieder beider Verbände auf den Arbeitsplätzen usw. — eine Verschmelzung notwendig wäre. So energisch wir für die Verschmelzung der Organisationen eintreten, die wegen der Entwicklung des Gewerbes und der Gemeinsamkeit der Interessen, besonders aber zur gemeinsamen Führung der Lohnkämpfe zusammengehören, so wenig möchten wir für eine Verschmelzung solcher Organisationen eintreten, für die eine Verschmelzung keine Notwendigkeit ist. Darin hat der „Steinarbeiter“ zwar sicher recht, daß bei einer Verschmelzung, selbst wenn die zwingende Notwendigkeit dazu nicht vorhanden ist, eine Verbilligung der Agitation und der Verwaltung eintreten würde, und daß die Agitation erfolgreicher würde, als sie heute ist. Aber diese Tatsache allein könnte unteres Erachtens eine Verschmelzung nicht rechtfertigen.“

Der Buchdruckerverband beschloß das 4. Quartal mit einem Mitgliederbestand von 64 793. An Unterstützungen wurden 699 097 Mk. verausgabt. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder betrug 8315, die Zahl der Arbeitslosentage 186 812. Das Vermögen der Hauptkasse bezifferte sich auf 8 998 458 Mk.

Der Verbandstag des Centralverbandes der Handlungsgehilfen, der schon in Berlin stattfand, beschloß die Verlegung des Verbandsvorstandes von Hamburg nach Berlin. Die Verlegung erfolgt am 1. Oktober. Zum Verbandsvorsitzenden wurde an Stelle des während der letzten Geschäftsperiode ausgeschiedenen Genossen Josephson der Genosse Urban-Vorlin gewählt. — Der Verband hat auch im 1. Quartal des laufenden Jahres gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl ist um 951 auf 16 453 gestiegen.

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat April 1912 bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. der Bauarbeiter f. 4. Qu. 1911	12 362,12 Mk.
„ „ Kupferschmiede f. 4. Qu. 11	184,44 „
„ „ Sattler, und Portefeuille für 4. Quartal 1911	450,— „
„ „ Schmiede f. 4. Quartal 1911	615,44 „
„ „ Zivilmusiker für 1911	249,80 „
„ „ Metallarbeiter, Beitrag 1911	24 584,— „

An Unterstützungs-gelder gingen ein im Monat April 1912.

a) Für die ausgesperrten Tabakarbeiter:

Von den Vorständen der Centralverbände:

Zivilmusiker 121,60, Tapezierer 1323,20, Kürschner 311,—, Kupferschmiede 405,55, Asphalteure 201,20, Bureauangestellte 111,20, Friseurgehilfen 218,— Mk.

Von den Ortsverwaltungen der Centralverbände:

Bergarbeiter: Bezirk Bayern 152,20, Bezirk Ostpro 5,30 Mk. Metallarbeiter: Braunschweig 305,35 Mk.

Von den Gewerkschaftskartellen:

Hamburg 2500,—, Offenburg i. B. 25,70, Schwab. Gmünd 105,15, St. Ingbert 25,30, Aachen 150,—, Hahnau i. Schl. 44,50, Hasloch (Rheinpfalz) 23,—, Waldenburg i. Schl. 100,—, Tilsit 50,—, Rendsburg 117,75, Rosen 103,95, Osterholz-Scharmbeck 80,— Mk. Bereits quittiert 758 962,21 Mk. In Summa 765 442,16 Mk.

b) Für die ausgesperrten Porzellanarbeiter:

Tabakarbeiter 1000,—, Holzarbeiter 1000,— Mk.

Von den Ortsverwaltungen der Centralverbände:

Bauarbeiter: Tessin i. M. 5,— **Mf. Bildhauer:** Olbernhau 5,— **Mf. Böttcher:** Spandau 15,— **Mf. Brauerei- und Mühlenarbeiter:** Schwerin i. M. 50,—, Luxemburg 10,—, Oldenburg i. Grh. 20,—, Hadersleben 5,55 **Mf. Buchdrucker:** Gleiwitz 10,—, Cottbus 25,—, Gelsenkirchen 25,—, Wiesbaden 20,—, Viebrich a. Rhein 5,—, Bezirk Colmar i. Elz. 10,— **Marf. Lagerhalter:** Bezirk Berlin 50,— **Mf. Metallarbeiter:** Hannover 1000,—, Magdeburg 500,—, Baugen i. Sa. 30,— **Mf. Tabakarbeiter:** Dahme (Marf.) 20,—, Godramstein 2,— **Mf. Textilarbeiter:** Helmsbrechts 22,10, Neßschau 25,— **Mf. Töpfer:** Namenz i. Sa. 70,—, Saagan 5,60, Dresden 50,—, Coswig (Anh.) 30,— **Mf. Transportarbeiter:** Dresden 300,—, Neumünster 50,— **Mf. Zigarrensortierer:** Langwedel (Bez. Bremen) 19,— **Mf. Zimmerer:** Rastenburg (Ostpr.) 10,—, Oldenburg (Grh.) 6,60, Helmsbrechts i. Bay. 20,— **Mf.**

Von den Gewerkschaftskartellen:

Barmen 100,—, Bayreuth 125,—, Dresden 1675,—, Guben 50,—, Heidelberg 89,07, Marktrebnitz 102,56, München 2000,—, Neustadt a. S. 30,—, Bunsiedel 31,30, Bochwitz 50,—, Baden-Baden 50,—, Dortmund 700,—, Gr. Rhüden 15,—, Harburg a. Elbe 1000,—, Schwab. Hall 35,—, Oederan i. Sa. 30,—, Preeß 10,—, Schorndorf 25,—, Varel i. Oldbg. 136,70, Wolfenbüttel 80,—, Bunzlau 90,—, Eilenburg 245,—, Grimma 99,20, Homburg-Nirdorf 36,—, Norden 35,—, Sonneberg (S.-M.) 200,—, Schwedt a. O. 35,85, Taucha (Bez. Leipzig) 71,80, Weisenburg i. Bay. 4,—, Weiden 45,40, Vödingen 20,45, Erlangen 75,—, Grünstadt 36,—, Hirschfelde i. Sa. 11,40, Lohr a. Main 40,25, Rieneburg a. W. 25,—, Reichenbach i. B. 8,30, St. Georgen 52,—, Zuffenhausen 80,—, Adlershof 55,25, Braunschweig 1050,—, Crefeld 53,—, Hildesheim 125,—, Ochsenfurt 10,—, Reichenau i. Sa. 25,—, Roßlau (Anh.) 62,—, Seifen a. S. 32,45, Schneidmühl 182,70, Schwiebus 20,—, Stade 78,55, Trier 30,—, Weplar 61,30, Helgoland 131,75, Witterteich 25,—, Stadtilm 21,—, Amberg (Oberpfalz) 30,—, Altenburg (S.-M.) 400,—, Badisch-Rheinfelden 20,—, Breslau 427,—, Bitterfeld 100,—, Bremen 950,—, Chemnitz 1275,—, Driesen 28,05, Darmstadt 20,—, Erfurt 600,—, Eisenach 236,20, Gera-Arlesberg (S.-G.) 50,—, Großbreitenbach in Thür. 19,—, Güstrow i. M. 100,70, Halle a. S. 70,—, Jeknitz (Anh.) 10,—, Johanngeorgenstadt 99,36, Kolmar i. Posen 26,—, Landau (Pfalz) 10,—, Liegnitz 100,—, Neumünster 200,—, Oberstein 3,—, Ochtersleben 40,—, Ostrik (Amt Zittau) 5,—, Potsdam 35,—, Birmafens 200,—, Soest i. W. 13,90, Schneidemühl 7,55, Warnemünde 90,05, Zoffen (Marf.) 30,—, Baugen i. Sa. 100,—, Hahnau i. Schl. 100,—, Kulmbach 10,—, Königsbrück 49,50, Limbach i. Sa. 131,65, Landsberg a. W. 260,—, Neßschau 25,—, Raguhn 5,—, Strausberg 54,50, Gotha 100,—, Gschwenda 22,75, Muskau 91,—, Sindelfingen 60,—, Walsrode 5,—, Düsseldorf 1460,—, Glogau 50,—, Gräfenthal i. Thür. 45,20, Höchst a. M. 100,—, Jauer i. Schl. 70,—, Lübeck i. W. 50,—, Langewiesen i. Thür. 36,40, Oelde i. W. 13,50, Willingen 10,—, Wurzen 84,63, Burgstädt 20,—, Cöthen (Anh.) 30,—, Goslar a. S. 43,80, Hohenheim 57,60, Nürnberg 730,—, Rudolfsstadt 180,—, Stadoldendorf 11,30, Froburg 25,—, Vernau (Marf.) 30,—, Crimmitschau 305,—, Freiburg i. Schl. 35,40, Gießen 58,—, Oggersheim 20,—, Tuttingen 40,—, Aschaffenburg 40,75, Hermsdorf (S.-M.) 42,80, Langenberg (Neuß) 30,—, Neusalz a. O. 10,—, Rastenburg 10,60, Bromberg

88,85, Großenhain 105,—, Löhne i. W. 50,—, Lübtheen 10,—, Reichenbach i. Schl. 9,05, Eglingen a. N. 135,95, Fürstenwalde (Spree) 305,20, Freiberg i. Sa. 75,—, Hanau a. M. 23,40, Regau 15,—, Tilsit 50,—, Berlin 14 000,—, Magdeburg 600,—, Stendal 76,70, Wismar 85,—, Hamburg 3000,—, Emmendingen 30,—, Kiel 160,—, Mühlhausen in Thür. 140,—, Schmölln (S.-M.) 116,50, Schöningen 40,35, Waldheim i. Sa. 147,35, Bruchsal 10,50, Feuerbach 139,15, Gräfinau-Angstedt 12,80, Leipzig 2000,—, Rathenow 112,65, Reutlingen 10,—, Velten i. Marf. 20,—, Werder a. S. 5,—, Geier 20,—, Mainz 65,—, Alfeld a. Leine 1,80, Brate (Oldbg.) 57,15, Cassel 677,05, Küstrin 22,80, Osterholz-Scharmbeck 102,70, Deynhäusen-Nehme-Gohfeld 201,75, Niesa 237,90, Arnstadt 175,42, Salzwedel 43,70, Hensburg 10,—, Grünberg i. Schl. 49,35, Mügeln (Bez. Leipzig) 20,15, Sebnitz i. Sa. 135,52, Sondeburg 62,25, Schorndorf 27,80 **Mf.**

Sonstige Sammlungen:

Jacob Eibl-Windischeschenbach 10,16, Personal der Buchdruckerei Meßger u. Wittig Filiale Leipzig 11,90, Von den Schülern des ersten Unterrichtsturses des Centralverbandes deutscher Konsumvereine 36,— **Mf.** Bereits quittiert 28 905,76 **Mf.** In Summa 76 221,93 **Mf.**

c) Für die streikenden Bergarbeiter:

Von den Vorständen der Centralverbände:

Gastwirtsgehilfen 2000,—, Notensteher 100,—, Gemeinde- und Staatsarbeiter 3000,—, Textilarbeiter 9935,60, Tapezierer 1000,—, Gutmacher 506,—, Kürschner 300,—, Zivilmusiker 500,—, Holzarbeiter 10 000 **Mf.**

Von den Ortsverwaltungen der Centralverbände:

Bauarbeiter: Meerane i. Sa. 50,— **Mf. Brauerei- und Mühlenarbeiter:** Schwerin i. M. 50,— **Mf. Buchdrucker:** Essen (Ruhr) 38,— **Mf. Glasarbeiter:** Stodheim (Oberfr.) 42,30 **Mf. Holzarbeiter:** Rabenau 75,55 **Mf. Lagerhalter:** Bezirk Berlin 50,— **Mf. Maschinisten und Heizer:** Meerane i. Sa. 30,— **Mf. Metallarbeiter:** Mülheim a. Rhein 33,30, Ludenwalde 100,— **Mf. Textilarbeiter:** Dedt (Rheinl.) 20,—, Höhenstein-Ernstthal 50,05 **Mf. Transportarbeiter:** Dresden 1000,— **Mf.**

Von den Gewerkschaftskartellen:

Bayreuth 125,—, Guben 50,—, Hamburg 3700,—, Sorau (N.-L.) 50,—, Vödingen 2045, Crefeld 243,17, Hirschfelde i. Sa. 25,—, Bad Rissingen 54,55, Neuruppin 30,—, Wegeß 21,90, Braunschweig 1050,—, Auerbach i. B. 45,—, Eisenberg (S.-M.) 100,—, Johanngeorgenstadt 99,36, Rowaves 220,05, Ostrik (Amt Zittau) 5,—, Neßschau 25,—, Schwartzau (Fürst. Lübeck) 27,15, Breslau 77,—, Münchberg 20,—, Nürnberg 70,—, Stadoldendorf 20,—, Crimmitschau 20,—, Tuttingen 120,—, Kirchberg i. Sa. 100,—, Bischofsnerda 20,—, Berlin 5000,—, Stendal 76,65, Wolfenbüttel 85,—, Schöningen 40,35, Oberhausen (Rheinl.) 170,— **Mf.**

Sonstige Sammlungen:

Sozialdem. Centralverein für den VII. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreis Kiel 1000,—, Sechserkaffe des Wahlbezirks 378b Teil III vor der Teilung durch Luß 5,—, gesammelt von Brauereiarbeitern und Mitgliedern des Wahlvereins Sternberg i. M. 28,30, Volksverein Düren-Jülich 11,30, S. Panfow 0,50 **Mf.** Bereits quittiert 13 194,73 **Mf.** In Summa 54 831,26 **Mf.**

Berlin, den 3. Mai 1912.

Hermann Kube.